

Stand: 05.06.2026 21:51:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18471

"Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18471 vom 11.10.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18879 des UV vom 19.10.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 117 vom 29.11.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 07.12.2017
6. Beschluss des Plenums 17/19727 vom 13.12.2017
7. Plenarprotokoll Nr. 120 vom 13.12.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine auf der Analyse von Geodaten basierende orientierende Erhebung zu erstellen bzw. in Auftrag zu geben, die das Flächenpotenzial sogenannter Eh da-Flächen in ausgewählten Kommunen Bayerns ermittelt. Die Ergebnisse der Erhebung – entsprechend publiziert – sollen zeigen, dass die quantitative Erfassung der Flächenpotenziale mit geringem Aufwand möglich ist und damit zur Verbreitung des Eh da-Projektansatzes in Bayern beitragen.

Begründung:

Kommunale Eh da-Projekte können einen Beitrag zu mehr Artenvielfalt in der Agrarlandschaft und im Siedlungsbereich leisten. Im Rahmen der Projekte werden Offenlandflächen, die weder landwirtschaftlich noch naturschutzfachlich genutzt werden, gezielt ökologisch optimiert. Beispiele für solche Flächen sind Wegränder, Straßenböschungen, Flächen zwischen Straßen und Radwegen oder gemeindeeigene Grünflächen. Bei den bisher umgesetzten Projekten wurden Wildbienen als Schutzziel definiert und geeignete Flächen zu Brut- und Trachtbiotopen umgestaltet. Viele Wildbienenarten sind durch ihre Spezialisierung auf bestimmte Nahrungsquellen und Nistgelegenheiten vom Verlust von Kleinstrukturen in der Landschaft besonders betroffen. Es sind aber auch andere Schutzziele möglich bzw. mehrere Schutzziele kombinierbar. Ökologisch aufgewertete Eh da-Flächen eignen sich in vielen Fällen hervorragend, um bestehende Biotope zu vernetzen. Dadurch wird ein Beitrag zum Erhalt der Biodiversität erbracht, ohne dass dafür ohnehin immer knapper werdende landwirtschaftliche Flächen beansprucht werden müssten.

In Rheinland-Pfalz, wo die ersten Modellprojekte stattfanden, ist das Eh da-Konzept Bestandteil der Landes-Biodiversitätsstrategie. Bayernweit laufen erste Projekte, zum Beispiel in der Stadt Haßfurt und der Gemeinde Wonfurt. Der Freistaat sollte dem Beispiel aus Rheinland-Pfalz folgen und an der Verbreitung des Eh da-Konzepts mitwirken. Um die Kommunen über die Möglichkeiten zu informieren, ist es sinnvoll, Flächenpotenziale am Beispiel ausgewählter Gebiete aus unterschiedlichen Landschaftstypen darzustellen. Deutschlandweit beziffern Experten das Flächenpotenzial auf zwischen zwei und sechs Prozent der Agrar- und Siedlungsfläche.

In der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage (Drs. 17/15868) teilt die Staatsregierung mit, dass eine Flächenanalyse für Bayern „wegen des erforderlichen immensen Aufwands“ nicht beabsichtigt ist. Die Eh da-Initiative, welche die meisten der laufenden Projekte wissenschaftlich betreut, ermittelt die Flächenpotenziale auf der Basis einer automatisierten Analyse amtlicher Geodaten. Freilandbegehungen sind nicht nötig. Geeignete Flächen in bayerischen Kommunen können folglich ohne „immensen Aufwand“ identifiziert werden.

Meine Damen und Herren, ich schließe die namentliche Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Unruhe – Glocke des Präsidenten

Während das Ergebnis ermittelt wird, gebe ich die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen von vorhin bekannt. Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Schulze, Hartmann, Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rückstände von Fipronil in Lebensmitteln offenlegen", Drucksache 17/18465, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 77 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, von Brunn, Adelt und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verbraucherschutz ernst nehmen und Transparenz herstellen: Kontrollen auf Fipronil in bayerischen Legehennenbetrieben und bei verarbeiteten Produkten aus Bayern", Drucksache 17/18483, haben mit Ja 62 gestimmt. Mit Nein haben 76 gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18467 mit 17/18472 sowie 17/18486 mit 17/18491 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mehr Bio in Schulen: Bio-Anteil in allen bayerischen Schulen mindestens 20 Prozent bis 2020 und mindestens 50 Prozent bis 2025
(Drs. 17/16349)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung darf ich als bekannt voraussetzen. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Sengl. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehr Bio in Bayerns Schulen. Nach dem Ernährungsreport 2017 wünschen sich 90 % der Deutschen verbindliche Essensstandards in Kitas und Schulen. Beim Modellprojekt Schulfrühstück

entschieden sich 43 % der Schulen in Bayern für Bio-Produkte.

Jetzt folgt ein Zitat:

Gutes Essen in der Schule trägt nicht nur zum Erhalt der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen bei. Es prägt die Esskultur, die Wertschätzung für Lebensmittel und das Ernährungsverhalten. ...

Gerade angesichts der Besorgnis erregenden Zahl ernährungsbedingter Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen kommt der Schule in diesem Bereich eine besondere Vorbildfunktion zu.

Woher stammt das Zitat? – Es könnte von uns sein. Das Zitat stammt aus der Broschüre "Mit gutem Essen Schule machen". Das ist eine wunderbare Hochglanzbroschüre aus dem Hause Brunner. Wenn diese schönen Worte ernst gemeint wären, dann würden wir an den Schulen eine andere Situation vorfinden; dann gäbe es mehr als nur lauwarme Empfehlungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Broschüre spricht uns wirklich aus dem Herzen.

Jetzt folgen noch weitere Zitate:

Von einer nachhaltigen Landwirtschaft profitieren alle: Klima, Böden, Gewässer, Pflanzen, Tiere und Menschen. Nachhaltige Verpflegung stärkt die heimische Ernährungs- und Landwirtschaft. Sie schließt die Aspekte regional, saisonal, ökologisch, Fairtrade und Tierwohl ein. ...

Bio-Produkte gehören dazu.

Bio-Zertifizierung und Bio-Siegel stehen für nachweislich ökologische Pflanzen- und Tierproduktion. Sie garantieren, dass der europäische Mindeststandard für ökologische Produktion erfüllt ist oder sogar übertroffen wird. In jede Schulküche gehören auch Bio-Lebensmittel, idealerweise aus der Region.

Unser Ansatz ist aber noch viel wichtiger. Empfehlungen und warme Worte allein genügen nicht. Auch Modellversuche reichen nicht aus. Wir als Gesetzgeber sind gefragt, um eine gesunde Ernährung der Kinder und Jugendlichen zu unterstützen. Mitglieder der CSU-Fraktion, hört einmal gut zu, das mag neu für euch sein: Man braucht auch klar definierte Ziele. Deshalb gibt es unseren Antrag. Wir schlagen darin vier Maßnahmen vor:



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/18471

Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Benno Zierer**
Mitberichterstatter: **Volker Bauer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 19. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

ich nur, weil dazu eine Umfrage durchgeführt worden ist.

Sie haben hier gesagt, dass die Argumente ausgetauscht sind, und deswegen wollten Sie nur noch das Wesentliche feststellen: Es stimmt, es passt alles, wir haben eine hohe Qualität – sagen Sie. Das steht doch im kompletten Widerspruch dazu, wie der Schwimmunterricht an den Schulen stattfindet. Jetzt frage ich Sie von der CSU, die im Bildungsausschuss zuständig sind: Haben Sie wirklich einmal vor Ort geschaut, wie die Lehrkräfte überhaupt Schwimmunterricht erteilen können? Wenn Sie sagen, dass der Schwimmunterricht eine hohe Qualität habe, dann kann ich aufgrund meiner eigenen Besuche in Grundschulen nur sagen: Alle Lehrkräfte erzählen mir, wie ausgesprochen schwierig es ist. Es besteht Handlungsbedarf. Deshalb spricht es von hoher Arroganz, wenn Sie sagen, es habe schon alles in der Beantwortung der Interpellation gestanden und sei im Protokoll nachzulesen, und wir hätten eine hohe Qualität. Das Protokoll sagt etwas ganz anderes aus, und um das zu lesen, brauche ich nicht im Bildungsausschuss zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin, auf Ihre Frage, ob ich mich von der Qualität des Schwimmunterrichts an den Schulen überzeugt habe und weiß, wie der Schwimmunterricht erteilt wird, antworte ich ganz einfach mit Ja.

(Diana Stachowitz (SPD): Nicht wie, sondern wie oft die Lehrkräfte Schwimmunterricht machen können! Aber lassen Sie es doch! – Volkmar Halbleib (SPD): Alles gesagt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Entschuldigen Sie, Frau Kollegin, Sie haben Ihre Zwischenbemerkung machen können, und der Herr Kollege Prof. Waschler ist mit seinen Ausführungen am Ende.

(Diana Stachowitz (SPD): Alles verstanden! Danke!)

Vielen Dank. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die Voten der jeweils federführenden Ausschüsse abzustimmen. Die federführenden Ausschüsse für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport und für Bildung und Kultus empfehlen, die drei genannten Anträge abzulehnen. Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten, und die Anträge sind damit abgelehnt.

Ich darf noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/19256 "Computerspiele bei der Jugendmedienarbeit verstärkt berücksichtigen" bekanntgeben: Mit Ja haben 134 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19239 mit 17/19246 sowie auf den Drucksachen 17/19258 mit 17/19264 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 12 mit 24 und die Listennummern 15, 40 und 42 der nicht einzeln zu beratenden Anträge werden auf einen der nächsten Plenartage verschoben. – Damit schließe ich die Sitzung für heute. Ich danke Ihnen allen.

(Schluss: 18.56 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmen werden ausgezählt. Wir sind sehr dankbar, wenn noch einige mit uns hierbleiben. – Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN betreffend "Schwangeren den Zugang zu sachlichen Informationen über Möglichkeiten zum Schwangerschaftsabbruch ermöglichen!", Drucksache 17/1942, steht fest. Mit Ja haben 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 80 gestimmt. Es gab 4 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19494 mit 17/19498 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit darf ich für heute die Sitzung schließen. Vielen herzlichen Dank. Kommen Sie gut nach Hause. Bis nächste Woche. Danke schön.

(Schluss: 17.41 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/18471, 17/18879

Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Benno Zierer

Abg. Dr. Otto Hünnerkopf

Abg. Herbert Woerlein

Abg. Dr. Christian Magerl

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 31** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Flächenpotenzial von Eh da-Flächen ermitteln! (Drs. 17/18471)

Dieser Dringlichkeitsantrag konnte in der Plenarsitzung am 7. Dezember aus Zeitgründen nicht mehr beraten werden. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach unserer Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Verteilung der Minuten setze ich als bekannt voraus. Der erste Redner ist Herr Kollege Zierer. Bitte schön.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Umweltausschuss ist unser Antrag zu den Eh-da-Flächen von der CSU wie gewohnt abgelehnt worden. Die Begründung war dieses Mal aber besonders abenteuerlich. Es wurde behauptet, wir würden mit diesem Konzept den Kommunen etwas aufzwingen wollen und das Subsidiaritätsprinzip nicht beachten.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das geht völlig an der Sache vorbei. Da es sich bei den Eh-da-Flächen um ein Angebot für die Gemeinden und Städte handelt, stimmt das einfach nicht; denn sie können mit wissenschaftlicher Begleitung in einem umfassenden Projekt ungenutzte Flächen ökologisch aufwerten. Sie können, aber sie müssen nicht, und damit ist das absolut freiwillig. Es gibt auch schon Projekte in Bayern. Ich möchte hier Haßfurt nennen, das die erste Eh-da-Kommune war, und wir wünschen uns, dass viele andere folgen.

Die Staatsregierung soll daran mitwirken. Die Staatsregierung soll aber niemandem etwas aufzwingen, sondern mithelfen, diese Idee zu verbreiten, und eine gute Möglichkeit dafür wäre eine Potenzialanalyse, die wir mit diesem Antrag fordern. Durch die Analyse von Geodaten wäre das mit einem sehr geringen Aufwand machbar. Wir spre-

chen hier von sehr überschaubaren Kosten, und zwar von 10.000 bis 20.000 Euro für eine Erhebung in Musterkommunen. 10.000 bis 20.000 Euro – ein sehr kleiner Betrag.

Bei diesen Zahlen ist mir eine Summe von 100.000 Euro eingefallen, die unsere Staatsministerin Scharf für ihre Werbeaktion mit den Tütchen mit ein paar Blumensamen ausgegeben hat. Von diesen Tütchen wird wahrscheinlich die Hälfte irgendwo im Müll gelandet sein. Das war außerdem eine Werbeaktion der Ministerin nur für ihren Wahlbezirk Oberbayern und nicht für Niederbayern, nicht für die Oberpfalz, nicht für Schwaben und auch nicht für Franken. Bedauerlich: 100.000 Euro in die Tonne getreten.

Für diese 100.000 Euro hätten wir über eine Tonne hochwertiges Saatgut kaufen können. Wir hätten das an die Kommunen verteilen können. Wir hätten das an die Stadtgärtnereien, an die Bauhöfe verteilen können. Wir hätten mit dieser über einer Tonne Samen 300.000 qm in Bayern erblühen lassen können. Das wäre ein Beitrag zur Artenvielfalt gewesen. – Das aber nur am Rande.

Zurück zu der Potenzialanalyse: Wenn wir diese für verschiedene Modellgemeinden in verschiedenen Regionen und für verschiedene Landschaftstypen machen würden, bekämen wir einen guten Überblick, und interessierte Gemeinden hätten einen Anhaltspunkt, was machbar ist. Wenn wir darüber diskutieren, was man gegen den Artenschwund tun kann, landen wir immer bei demselben Problem: Biodiversität braucht Fläche, die aber immer knapper wird; vor allem der Druck auf den landwirtschaftlichen Boden steigt durch Flächenverbrauch und Ausgleichsmaßnahmen.

Das Eh-da-Konzept bietet die Möglichkeit, etwas für die Artenvielfalt zu tun, ohne landwirtschaftliche Flächen in Anspruch zu nehmen. Die Grundidee ist simpel. Man nimmt Flächen, die sowieso vorhanden sind, und man nützt sie für den Naturschutz, für den Artenschutz, für die Biodiversität. Auf diesen Flächen könnten Lebensräume für Bienen, Schmetterlinge oder andere Insekten entstehen. Beispiele für solche Flächen sind Feldraine, Säume, Grünstreifen an Straßen und Böschungen.

Ich weiß, dass es viele Gemeinden gibt, die das in Ansätzen bereits praktizieren, und wir sollten sie weiter unterstützen. Wir hätten das Potenzial und bräuchten nur den Willen. Ich würde Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, bitten, einfach zu sagen: Ja, wir nehmen diese 20.000, 30.000 Euro in die Hand. Wir machen einen ersten Satz dorthin. Wir machen den ersten Punkt dort. – Ich hoffe, es kommt ein Umdenken, und ich wäre froh, wenn ich die Unterstützung zu unserem Antrag bekommen würde.

Damit die Bitte: Fangen wir an! Sprechen wir nicht nur von großen Dingen wie Nationalparks und Ähnlichem, sondern machen wir kleine Schritte, damit die Bürger sehen: Wo es möglich ist, können wir Ansätze machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Zierer. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Hünnerkopf. Bitte schön.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Benno Zierer, ich glaube, es ist immer noch nicht verstanden worden, worum es uns geht. Ich und wir sehen schon eine gewisse Bedeutung in diesen sogenannten Eh-da-Flächen, also Flächen, die eh da sind, weil es Randbereiche von Straßen sind, weil es Gräben sind, weil es Wegrandstreifen sind. Wir sehen ein gewisses Potenzial, das man nicht überbewerten darf, das aber für die Biodiversität schon einen entsprechenden Stellenwert bekommen kann.

Worum es uns geht: Jede Gemeinde hat ein Geoinformationssystem – GIS –, kennt die Flächen, die in ihrem Zuständigkeitsbereich sind, und kennt auch die Gräben und die Wege, die jährlich gepflegt werden. Entlang von Straßen muss aber einfach für die Sicherheit gesorgt werden. Insofern sage ich: Das dürfen wir nicht überbewerten, weil die nicht so viel bringen. Was jedoch dahinter liegt oder draußen in der Feldflur – da kann man schon sehr viel daraus machen. Das liegt jedoch wiederum daran, was jede Gemeinde damit macht.

Eine Gemeinde kann mit einer einzelnen Fläche anfangen. Sie kann auch systematisch mit den Gräben anfangen und sie nicht nur einfach jedes Jahr niedermulchen, sondern vielleicht in einem Turnus von drei Jahren in wechselnden Abschnitten. Die Strukturen bleiben dann über den Winter, sodass zum Beispiel Insekten in diesen Strukturen überwintern können und nicht niedergeknüppelt werden. Sie kann diese Biomasse auch entnehmen, um auszuhagern. – All das sind Tipps, die Ihnen jeder Landschaftsarchitekt geben kann, mit denen die Gemeinden zusammenarbeiten.

Darum meinen wir: Wir fangen nicht erst mit dem Vermessen an und erheben Geodaten und geben dafür 20.000 Euro für eine Gemeinde aus, sondern wir sollten gemeinsam versuchen, den Gemeinden bewusst zu machen, was sie nach Artikel 141 der Bayerischen Verfassung ohnehin machen sollten, nämlich sich um die Natur zu kümmern, die Natur zu unterstützen und für die Lebensgrundlagen zu sorgen. Jetzt aber von einem Angebot an die Gemeinden zu sprechen – ich denke, das ist eine völlig falsche Sichtweise.

Noch mal: Wir wissen um den Stellenwert der Eh-da-Flächen. Diese Flächen werden von uns vorbereitend auch so behandelt, indem wir darauf achten, was wir daraus machen können, und indem wir – wie gesagt – selber den Stellenwert erhöhen, aber nicht auf dem Weg, das Ganze zu vermessen. Lieber Kollege Benno Zierer, allein das ist der Grund. Wir wollen das Pferd nicht beim Schwanz aufzäumen, wie ihr das macht, und darum können wir dem Antrag nicht zustimmen. Bei dem, was uns die Eh-da-Flächen allerdings möglicherweise im Hinblick auf die Insekten helfen könnten, sind wir aber beisammen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hünnerkopf. – Kollege Woerlein spricht für die SPD-Fraktion. Bitte sehr.

Herbert Woerlein (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Auch der weiteste Weg beginnt bekanntlich mit dem

ersten Schritt. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist ein solcher erster Schritt, auch wenn er mit diesen Eh-da-Flächen ein kleiner Schritt ist. Diese Flächenpotenziale in ausgewählten Kommunen Bayerns zu ermitteln, halten wir für einen durchaus sinnvollen Vorschlag.

Die Vorteile der ökologischen Aufwertung liegen auf der Hand. Der Kollege Benno Zierer hat das ausgeführt; ich kann es also wirklich in ein paar Stichpunkten zusammenfassen. Man kann ein Schutzziel definieren. Die FREIEN WÄHLER haben hier das Beispiel der Wildbienen angeführt. Das Ganze dient dem Erhalt der Biodiversität; denn wir vernetzen letztlich Biotope. Auch der Kostenfaktor wurde angesprochen. Die Digitalisierung ermöglicht den Zugriff auf die amtlichen Geodaten. Ein reizvoller Gedanke wäre auch, dass die Autobahnmeistereien und Stadtgärtner einen kreativen Beitrag leisten könnten.

Für uns ist sehr wichtig, Benno, nachdem uns die Landwirtschaft am Herzen liegt: Es geht eben nicht zulasten der Landwirtschaft, weil gar keine landwirtschaftlichen Flächen im Fokus stehen. Wir stimmen daher diesem richtigen und wichtigen Schritt zu.

Ich darf die letzte Sitzung in diesem Jahr zum Anlass nehmen, aus Umweltschutzsicht noch einige Weihnachts- und Neujahrswünsche zu formulieren. Vor zwei Wochen war die Stimme Deutschlands ausschlaggebend. Die qualifizierte Mehrheit von 18 der 28 Mitgliedstaaten wurde mit dem Ja der BRD zu Glyphosat erreicht. Das Pflanzengift Glyphosat ist jetzt für weitere fünf Jahre zugelassen. In der Zukunft sollten solche Alleingänge unterbleiben, und wir sollten sie auch nicht hinnehmen.

(Horst Arnold (SPD): Vorsätzlich rechtswidrig!)

– Genau, das ist rechtswidrig. Und da fragen dann manche, warum die Basis der SPD – wie soll man sagen – Sondierungsgesprächen so skeptisch gegenübersteht.

Nirgendwo in der Bundesrepublik ist das Ausmaß der Flächenversiegelung so groß wie in Bayern. Wir müssen Strategien entwickeln, die sowohl die Infrastruktur, also die

berechtigten Forderungen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, als auch den Umweltschutz im Blick haben. Entscheidungen wie die Änderung des Landesentwicklungsplans für die Skischaukel am Riedberger Horn dürfen sich nicht wiederholen.

Wir brauchen schnelle und wirksame Maßnahmen gegen das Insektensterben und das Artensterben. Hier sehe ich uns in der Gesamtheit auf einem völlig falschen Weg. Kollege Schöffel hat vor Kurzem berichtet, die Tatsache, dass wir jetzt keine Insekten mehr wahrnehmen, liege an den windschlüpfrigeren Autofrontscheiben. Eine solche Verharmlosung dient der Sache in keiner Weise.

Wir brauchen Management-Pläne für Wolf und Biber, und wir brauchen angemessene Ausgleichszahlungen. Bei uns wurde schon nach dem Abschuss geschrien, bevor der erste Wolf überhaupt in Bayern ankam.

Das Nächste geht an die Adresse des Kollegen Flierl, der im Ausschuss ständig behauptet, dass Tierheime nicht auf den Kosten für die Hunde sitzenbleiben, die sie aus dem illegalen Welpenhandel übernehmen. Diese Tierheime bleiben wirklich auf den Kosten sitzen, auch wenn Sie das im Umweltausschuss immer abstreiten. Wer das bezweifelt, lese bitte das heutige "Schweinfurter Tagblatt"; dort steht es genau auf Seite 7. Mittlerweile gibt es einen Rechtsstreit darüber, wie viel zu zahlen ist. Dass das Tierheim zahlen muss, steht aber außer Frage; es geht nur noch um die Höhe.

Wir brauchen – damit darf ich zum Schluss kommen – das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen. Für das kommende Jahr hat die SPD hierzu eine Anhörung beantragt, die hoffentlich zu konkreten Ergebnissen führen wird.

Auch wenn es die Festtage etwas trübt, bitte ich, nicht zu vergessen: Wir haben nach wie vor keine Maßnahmen – ich erwähne das deshalb, weil das Bundesminister Christian Schmidt versprochen hat – gegen das Schreddern von 65 Millionen frisch geschlüpfter Küken.

Es gibt also einen unheimlichen Stau an Maßnahmen zum Schutz der Umwelt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Lassen Sie uns gemeinsam diesen großen Stau abarbeiten; lassen Sie uns hier die Schwerpunkte neu setzen. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, dass Nachhaltigkeit höhere Priorität genießen muss als Wachstum ohne Grenzen. Die SPD ist bei der Bewältigung dieser Aufgaben ein verlässlicher Partner. – Ich wünsche uns allen – ohne Ausnahme – frohe Weihnachten.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Woerlein. – Kollege Dr. Magerl steht auch schon bereit. Bitte schön.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ja; ich bin eh schon da, Herr Präsident.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Eh da; genau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Ich nehme es vorweg: Wir werden dem Antrag zustimmen. Es ist zwar in der Tat nur ein kleiner Schritt, aber es ist ein Schritt; das muss man klar feststellen. In Rheinland-Pfalz hat die dortige Umweltministerin Uli Höfken die Eh-da-Flächen in das Biodiversitätsprogramm aufgenommen. Das ist aus meiner Sicht gut und richtig so. Wie gesagt: Da gibt es ein gewisses Potenzial. Ich stehe auch mit den Initiatoren dieser Eh-da-Flächen in Kontakt und in Gesprächen. Demnächst wird es sicherlich auch in Bayern ein entsprechendes Untersuchungsobjekt geben, ob die CSU zustimmt oder nicht. Das werden wir auch in Bayern auf die Bahn bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein Punkt unter vielen. Kollege Zierer, ein Eh-da-Programm wird mit Sicherheit nicht einen Nationalpark ersetzen – ohne Zweifel nicht –, weil zwischen Großschutzgebieten und kleinen Schutzgebieten doch ein erheblicher Unterschied besteht. Man

kann aber an der einen oder anderen Stelle eine Aufwertung erzielen. Speziell für Insekten und Wildbienenarten geht etwas. Da kann man etwas machen.

Deswegen sage ich: Wir unterstützen diesen Antrag. Er macht Sinn. Ich mache es kurz; ich bin darum gebeten worden. Vorher wurde ja schon gesagt, dass die Bibel recht hat. Ich war der erste und der letzte Debattenredner. Ich mache es kurz: Schöne Weihnachten! – Bitte stimmen Sie dem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön. Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, wird die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur letzten Abstimmung in diesem Jahr.

Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Claudia Stamm (fraktionslos), Günther Felbinger (fraktionslos) und Alexander Muthmann (fraktionslos). Gegenstimmen bitte? – CSU-Fraktion.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wir sind mehr!)

Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wollt ihr einen Hammelsprung, oder wie?)

– Ich denke, auf einen Hammelsprung können wir jetzt auch noch verzichten. Es war eine eindeutige Mehrheit der CSU. Damit ist der Antrag abgelehnt.